

Südafrika: „Wir sind keine Schwächlinge“

Präsident Botha verhängte den totalen Ausnahmezustand, über Nacht verschwanden Tausende von Regime-Gegnern – aus Angst vor blutigen Unruhen zum 10. Jahrestag des historischen Aufstandes von Soweto

glaubte die weiße Minderheitsregierung, Stärke demonstrieren zu müssen. Doch die Tragödie scheint vorgezeichnet, der allgemeine Aufruhr der entrechteten Schwarzen läßt den Buren kaum noch eine Atempause.

Mit Stiefelritten verschafften sich die Polizisten Zugang zu Hunderten von Häusern. In barschem Afrikaans holten sie verschlafene Bewohner vor ihre Gewehrläufe, verhafteten Regimegegner landauf, landab im Ruckzuckverfahren. Es war am Donnerstag voriger Woche. Noch am Abend meldete das Staatsfernsehen die Festnahme von mindestens 1200 Oppositionellen.

Seit Donnerstag, null Uhr, bereits hatte Südafrikas Regierung den totalen Ausnahmezustand verhängt – aber kein Bürger wußte während der ersten Stunden davon. Erst im Verlauf des Vormittags kündete zunächst die englischsprachige Oppositionspresse von der Verhaftungswelle. Kurz nach Mittag unterbrach der offizielle Rundfunk sein Programm für die Sonderdurchsage.

Alle Sicherheitskräfte können seither ohne richterlichen Befehl verhaften. „Streiks, Boykottaktionen, Demonstrationen, Versammlungen und Aufmärsche“ sowie „jede Form des zivilen Ungehorsams“ sind verboten – unter Androhung von Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren und Geldbußen von rund 20 000 Mark.

Über Nacht verschwanden Tausende von Regimegegnern, weil sie entweder festgenommen wurden oder noch rechtzeitig in den Untergrund abtauchen konnten. In den Büros der oppositionellen United Democratic Front (UDF), in kirchlichen Sekretariaten und bei Gewerkschaften beschlagnahmte die Polizei Karteikarten und Archive.

Vier Tage vor dem 16. Juni, dem zehnten Jahrestag des historischen Kinderaufstands von Soweto, glaubt die von Weißen geführte Minderheitsregierung, Stärke demonstrieren zu müssen. Denn diesen Montag hat die schwarze Mehrheit zum Volkstrauertag erklärt, seitdem steigt die Spannung von Tag zu Tag.

Schwarze Jugendliche hatten damals zunächst in der Trabantenstadt von Johannesburg und später landesweit gegen die staatlich verordnete Unterrichtssprache Afrikaans rebelliert, das den Schwarzen als „Sprache der Unterdrückung“ gilt. Die Polizei schoß scharf in die Menge, über 500 Demonstranten starben im Kugelhagel.

Dabei war Soweto noch ein singuläres Ereignis, ähnlich wie 16 Jahre zuvor die Schwarzen-Revolte von Sharpeville. Seitdem wird Südafrika in immer kürze-

ren Zeitabständen von Eruptionen erschüttert.

Mit der Zulassung schwarzer Gewerkschaften Ende der 70er Jahre hatte der als „Reformator der Apartheid“ angesehene Regierungschef Pieter Willem Botha ein Ventil geöffnet, durch das sich die aufgestaute Wut der entrechteten Schwarzen Luft machen konnte.

Anfang der 80er Jahre wurde klar, daß Botha zwar eine Glättung des Rassendogmas, nicht aber dessen Abschaffung

sind völlig unvereinbar mit der Apartheitsideologie.“

Seit Herbst 1984 brandet der allgemeine Aufruhr gegen das Regime an und läßt den Weißen kaum noch eine Atempause. In den letzten Monaten, in denen blutige Rassenkrawalle die Apartheidsrepublik wie ein Flächenbrand überzogen, ist ein gefährliches Patt entstanden. Selbst Präsident Botha erinnerte in einer von mehreren Fernsehreden am letzten Donnerstag an die Situation im Iran des



Präsident Botha: „Keine ordentliche Regierung kann sich so etwas bieten lassen“

anstrebe – denn die würde auf Machtverlust hinauslaufen. Nun schwenkte auch die Industrie um, die den Burenchef nach den Jahren unter seinem kompromißlosen Vorgänger Balthazar Vorster zunächst enthusiastisch gefördert hatte. Die Wirtschaft verlangte nachdrücklich, die Apartheid völlig aufzuheben und Gespräche mit der militanten, vom Regime für illegal erklärten Befreiungsbewegung African National Congress (ANC) zu beginnen.

Gavin Relly, Chef des Minenkonzerns Anglo American mit Hauptsitz in Johannesburg, sprach für viele Industriemanager, als er feststellte: „Die Erfordernisse einer modernen Industriegesellschaft

Schah: Jugendliche Revolutionäre sind in einen Siegestaumel verfallen. Sie glauben, daß das Schwingen von ANCFahnen und das Singen von Befreiungsliedern bereits den Endsieg signalisieren.

Doch die weißen Machtstrukturen sind keineswegs erschüttert. Bislang hat der Staat nur einen kleinen Teil seines gewaltigen Potentials an Polizei und Armee mobilisiert.

Das soll jetzt anders werden. „Das Kräftemessen zwischen burischen und schwarzen Nationalisten hat ernsthaft begonnen“, stellte die liberale „Business Day“ am Freitag fest.



Brennendes Schwarzenviertel: Viele Gettos sind unregierbar geworden

Um die angespannte Lage zu entschärfen, traf am gleichen Tag Bischof Tutu, einer der schärfsten Kritiker der Buren-Regierung, zum ersten Mal seit sechs Jahren zu einem Gespräch mit Präsident Botha zusammen. Als gemeinsame Basis nannte Tutu, daß sie beide Südafrikaner und gegen den Kommunismus seien.

„Wir sind keine Schwächlinge“, versicherten Präsident Botha und seine Gefolgschaft den zunehmend verunsicherten Weißen (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 112). Viele Schwarze dagegen glauben, der Ausnahmezustand sei nur ein neuerlicher Beweis dafür, daß das Bollwerk der Weißen am Kap der Guten Hoffnung schon schwanke, und mobilisieren zum Kampf. Etliche schwarze Wohngebiete, sogenannte Townships, haben bereits den Zustand der Unregierbarkeit erreicht.

Vor allem in der östlichen Kapprovinz, etwa im Elendsviertel Crossroads, und in der Umgebung Johannesburgs führten die Revolutionäre ihr eigenes Erziehungssystem ein. Geflügelte Worte von Gaddafi und Marx haben längst die alten Sprüche von Missionaren und buri-schen Voortrekkern verdrängt.

Recht sprechen Volksgerichtshöfe, die schon mindestens 100 schwarze „Verräter“ als Kollaborateure zum „Tod im Halsband“ verurteilt haben: Die Opfer werden in einem benzingetränkten Autoreifen lebendig verbrannt.

Dagegen wehren sich sogenannte Vigilanten, durch weiße Armbinden gekennzeichnet, die – von der Polizei meist toleriert – Jagd auf radikale Jugendliche machen.

„Keine ordentliche Regierung der Welt“ kann sich „von außerparlamentarischen Kräften so etwas bieten lassen“, rechtfertigte sich Botha, vergaß aber, daß auch keine Regierung der Welt ein

derartiges Herrschafts- und Unterdrückungssystem unterhält.

Für die Schwarzen, mit 22 Millionen die weitaus stärkste Bevölkerungsgruppe, gibt es bis heute keine Möglichkeit parlamentarischen Wirkens in ihrem eigenen Land. Zwar hatte der zögernde Apartheidsreformer Botha braunen Südafrikanern eine begrenzte Teilnahme an der Regierung zugestanden. Doch in der Verfassungsreform kamen Schwarze nicht vor.

Die Braunen mußten sich vor dem Zorn der Schwarzen in ihren Häusern verschanzen. Zudem ließ Botha, von einem erstarkenden Flügel weißer Er-rassisten bedrängt, seine Reform verkümmern, obwohl er sie einstmals mit

den Worten angekündigt hatte: „Nur Leichenzüge bewegen sich noch langsam.“

Im April dieses Jahres etwa schaffte der Präsident den entwürdigenden Paß-zwang für Schwarze ab und wurde für diese echte Apartheidslockerung weltweit gelobt. Doch gleichzeitig brachte der beinharte Polizeiminister Louis le Grange weitere Sicherheitsgesetze im Parlament ein. Die in vielen Fällen noch erstaunlich unabhängige Gerichtsbarkeit Südafrikas sollte vollends mit der Exekutive gleichgeschaltet werden.

Da mochten selbst Bothas braune Regierungspartner nicht mehr mitmachen. Sie blockierten die Gesetze und veranlaßten die Weißen damit, den Gegen-schlag auf andere Art zu führen: durch Verhängung des Ausnahmezustands.

„Der Entschluß ist uns nicht leichtgefallen“, verkündete Botha mit tonloser Stimme im Parlament. „Wir haben die zu erwartenden Reaktionen der Südafrika-feindlichen Weltöffentlichkeit wohl bedacht.“ Die Verhängung weltweiter Sanktionen und „eine Wirtschaft im Belagerungszustand“, befand die „Cape Times“, seien nunmehr unausweichlich.

Vor allem die Regierungen in London und Washington werden um weitere Boykottmaßnahmen kaum herumkommen. Englands Margaret Thatcher hat seit Mitte letzter Woche den Abschlußbericht einer Sonderkommission des Commonwealth-Bundes vorliegen.

Die siebenköpfige „Eminent Persons Group“ (EPG) mit so angesehenen Mitgliedern wie dem früheren australischen Premier Malcolm Fraser hatte auf der Commonwealth-Konferenz im Herbst vergangenen Jahres den Auftrag erhalten, die Möglichkeit von Gesprächen zwischen den verfeindeten schwarzen und weißen Nationalisten Südafrikas zu erkunden. Der Vermittlungsversuch



Schwarzer Vigilant: Jagd auf radikale Rassenbrüder

ließ sich zunächst gut an. Der ANC wollte Gewaltverzicht üben, wenn Südafrika den seit über zwanzig Jahren inhaftierten ANC-Führer Nelson Mandela freiläße und das Verbot der Organisation aufhobe.

Doch just als die Schlichter im letzten Monat zum entscheidenden Gespräch mit Präsident Botha in Kapstadt landeten, griffen Spezialeinheiten der südafrikanischen Streitkräfte gleich drei Nachbarstaaten an, die Commonwealth-Mitglieder Simbabwe, Botswana und Sambia. Damit war die Friedensmission

torpediert – offenbar vorsätzlich zum Scheitern gebracht.

Die düpierten Mittler stellten jetzt in ihrem abschließenden Bericht fest, daß „strafende Maßnahmen“ wohl die einzige Möglichkeit seien, in Südafrika „das größte Blutbad seit Ende des Zweiten Weltkrieges“ abzuwenden. Melodramatisch schrieb die Johannesburgener „Sunday Times“: „Wir sagen unserer Freundin Frau Thatcher Good-bye.“

Ähnlich prekär ist die Lage für den Südafrika-Freund Ronald Reagan. Im Kongreß liegt ein Gesetzentwurf über

Sanktionen, den neben den Demokraten selbst einige Republikaner befürworten. Derweil sind Dutzende von US-Firmen schon abgewandert.

Die Deutschen dagegen blieben bei der Stange. 1985 erhöhten sich die Netto-Investitionen aus der Bundesrepublik um 137,9 Millionen Mark. Da die Investitionen durch staatliche Hermes-Kredite abgesichert sind, steht für den größten Teil dieser Summe der deutsche Steuerzahler gerade, wenn über Südafrika das Chaos hereinbricht – am 16. Juni oder irgendwann danach.

SPIEGEL Gespräch

„Es gibt kein Land, in das wir gehen könnten“

Der südafrikanische Informationschef Louis Nel über den Rassenkonflikt



Nel (r.) beim SPIEGEL-Gespräch in Kapstadt*: „Wir lassen uns von unserem Weg nicht abbringen“

SPIEGEL: Mr. Nel, wann wird hier an Ihrer Stelle als südafrikanischer Informationschef ein Schwarzer sitzen?

NEL: Ein Mischling oder ein Inder könnte heute schon an meiner Stelle sitzen. Für einen Schwarzen hängt das eindeutig von einer künftigen Verfassung ab. Sie muß ausgehandelt werden – aber das verzögert sich durch den revolutionären Ansturm, der zur Zeit gegen diese Regierung vorgetragen wird. Es hängt auch davon ab, daß dieser revolutionäre Ansturm niedergeschlagen wird.

SPIEGEL: Glauben Sie denn, daß Sie den revolutionären Ansturm noch niederschlagen können?

NEL: Ja, wir sind motiviert, und wir sind entschlossen.

SPIEGEL: Wann wird wohl ein Schwarzer Präsident Südafrikas sein?

NEL: Ein Farbiger oder Inder könnte heute schon Präsident werden. Für einen Schwarzen kann ich es nicht sagen. Das ist zu diesem Zeitpunkt eine akademische Frage, die ich nicht weiter erörtern möchte.

SPIEGEL: Als Außenminister Roelof Botha im Februar über eine solche Aussicht spekulierte, wurde er vom Staatspräsidenten persönlich zurechtgewiesen. Heißt das nicht, daß der Präsident eine solche Möglichkeit ausschließt?

NEL: Wenn Sie lesen, was der Staatspräsident gesagt hat, werden Sie erkennen, daß er keine Möglichkeit ausgeschlossen hat. Er hat lediglich gesagt, daß die Nationale Partei in dieser Frage

als Partei noch keine Position bezogen hat.

SPIEGEL: Mit oder ohne einen schwarzen Präsidenten – solange Sie der schwarzen Mehrheit Südafrikas keine nennenswerte Teilnahme an der Regierung zugestehen, werden die landesweiten Unruhen der letzten 20 Monate weitergehen: Mehr als 1700 Menschen wurden getötet, die Revolution hat die schwarzen Townships übernommen. Wie wollen Sie den Aufstand in den Griff bekommen und dennoch gleichzeitig die Reform voranbringen?

NEL: Die gegenwärtigen Unruhen haben nichts mit der politischen Reform zu tun. Deshalb haben Sie mit Ihrer Feststellung unrecht. Wir fühlen uns einem Prozeß der Machtteilung mit der schwarzen Bevölkerung verpflichtet, der ausge-

* Mit Redakteuren Dieter Wild und Paul M. Schumacher.